



Landeshauptstadt
Potsdam

Bürgerhaushalt in Potsdam 2011



Information und
Vorschlagssammlung

Votierung der
Bürgervorschläge

Beratung
und Beschluss

„TOP 20 - Liste der
Bürgerinnen und Bürger“

Rechenschaft

MITWIRKEN | GESTALTEN | VERÄNDERN

**Sehr geehrte Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung,
sehr geehrte Mitglieder der Ortsbeiräte,**

auch in diesem Jahr haben wieder zahlreiche Potsdamerinnen und Potsdamer den Bürgerhaushalt genutzt, um ihre Anliegen einzubringen. Nun ist es an Ihnen, über die wichtigsten Bürgervorschläge zu entscheiden!

Mit der Auftaktveranstaltung am 4. Mai 2010 startete das diesjährige Bürgerhaushaltsverfahren – erneut mit großem Erfolg. Auf unterschiedlichsten Wegen wurden insgesamt 413 Vorschläge und Anregungen eingebracht sowie diskutiert. Auch auf unsere diesjährige Frage, wie man das städtische Haushaltsdefizit ausgleichen könnte, folgten zahlreiche Ideen. Eine Liste aller Einsparungsvorschläge, lassen wir Ihnen separat zukommen.

Im Juni 2010 wurde diese Vielzahl an eingebrachten Anregungen priorisiert. Anhand vorgegebener Kriterien fasste ein Redaktionsteam daraus die „Liste der Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger“ mit insgesamt 37 Bürgerempfehlungen zusammen. Diese standen vom 30. August bis 26. Oktober 2010 zur Abstimmung. Am Bürgerhaushalt 2011 beteiligten sich insgesamt 5848 Einwohnerinnen und Einwohner.

Wir freuen uns, Ihnen als Ergebnis des Bürgerhaushalts 2011 nun die „TOP 20 – Liste der Bürgerinnen und Bürger“ vorzulegen.

Wir möchten Sie bitten, alle in dieser Broschüre aufgelisteten Bürgerempfehlungen in Ihren Diskussionsprozess zur Haushaltsplanung der Landes-

hauptstadt Potsdam einzubeziehen. Das Beteiligungskonzept sieht dabei vor, dass Sie im Rahmen der Ausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte zu jedem Vorschlag Ihr Votum abgeben. Sie können hierbei in den Kategorien „Annahme“ oder „Bereits in Umsetzung“, „Prüfauftrag“ und „Ablehnung“ entscheiden. Bitte berücksichtigen Sie die Benennung der notwendigen finanziellen Mittel sowie deren Quelle, sofern Sie einem Vorschlag zustimmen. Ausführliche Informationen zum Vorgehen finden Sie am Ende dieser Broschüre.

Mit Ihrem Beschluss zum Haushalt 2011 soll gleichzeitig auch der Beschluss zur der „Top 20 – Liste der Bürgerinnen und Bürger“ erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen



Jann Jakobs
Oberbürgermeister



Peter Schüler
Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung



„Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“

Auf folgenden Seiten befinden sich die am besten bewerteten Vorschläge des Bürgerhaushalt 2011. Insgesamt wurden hierbei 413 Vorschläge eingereicht. Im Rahmen der achtwöchigen Vorschlagsvotierung konnten mehr als 4700 Teilnehmer gezählt werden. Mit den Besuchern der Stadtteil- und Bürgerversammlungen erreichte der Bürgerhaushalt 2011 der Landeshauptstadt 5848 interessierte Bürgerinnen und Bürger und konnte damit erneut einen erkennbaren Anstieg der Teilnehmerzahl verzeichnen.

Punkteverteilung der Vorschlagsvotierung vom 30.08. bis 26.10.2010:

Platz	Titel	Internet	Post	Abschluss- veranstaltung	Gesamt	Seite
1.	Fußballplatz am Park Babelsberg für Freizeit und Jugendsport	716	1246	52	2014	5
2.	Mehr Personal / Besserer Betreuungsschlüssel in Kitas	413	1325	0	1738	6
3.	Kostenloser öffentlicher Nahverkehr für Potsdamer Schüler/innen	415	1044	5	1464	7
4.	Ausbau des Radwegesystems zeitnah realisieren	337	1034	20	1391	8
5.	Kitabeiträge reduzieren	357	977	0	1334	9
6.	„ARCHIV“ - Weiterbetrieb dauerhaft sichern	612	679	22	1313	10

7.	Hundesteuer erhöhen	840	257	10	1107	11
8.	Erhalt der Sportanlagen Heinrich-Mann-Allee	803	298	0	1101	12
9.	Sanierung des Sportplatzes Hans-Sachs-Str. / Westkurve	413	530	4	947	13
10.	Sportanlagenerweiterung Potsdamer Norden (Nähe Kirschallee)	431	270	2	703	14
11.	Einführung von 6er-Karten im öffentlichen Nahverkehr	114	564	14	692	15
12.	Stärkere Bürgerbeteiligung bei der Planung des öffentlichen Personennahverkehrs	134	514	4	652	16
13.	Erhalt des „Treffpunkt Freizeit“ mit kostenloser Nutzung durch Vereine	67	483	0	550	17
14.	Touristenabgabe einführen	189	335	3	527	18
15.	Projektbezogene Förderung zur Beseitigung von Graffiti's	64	400	0	464	19
16.	Bau einer Eisbahn für den Publikumslauf	73	350	0	423	20
17.	Bessere Unterstützung der Musikschule Potsdam.....	91	309	1	401	21
18.	„Freiland“ stoppen und Geld sparen	193	190	1	384	22
19.	Volkshochschule: Kurse für Grundbildung sichern	53	304	12	369	23
20.	Fahrradweg von Babelsberg nach Potsdam Nord	51	304	8	363	24
21.	Mehr öffentliche Sitzmöglichkeiten	78	277	3	358	25

Fußballplatz am Park Babelsberg für Freizeit- und Jugendsport

Vorschlag:

Ich schlage vor, auf der Fläche zwischen Nutheschnellstraße und Babelsberger Park einen Rasenplatz (Fußball) für den Jugend- und Freizeitsport anzulegen. Zwischen ehemaligem Zirkusplatz und dem kleinen Bolzplatz ist genug Platz einen Fußballplatz (Großfeld) zu schaffen. Dazu muss man nicht auf den Abriss der Brücke zwischen Babelsberger Park und Zentrum Ost warten. In Potsdam besteht ein dringender Bedarf an fünf bis sechs Fußballplätzen. Gerade in Babelsberg sind die Sportplätze völlig überlastet. Die Lage am Babelsberger Park ist ideal, weil der Platz aus der Berliner Vorstadt, Zentrum Ost und Babelsberg durch Kinder und Jugendliche einfach und sicher zu Fuß zu erreichen ist. Beschwerden wegen „Lärm“ sind dort kaum zu befürchten.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Einschätzung, wonach Potsdam einen Bedarf an Fußballplätzen hat, wird von der Verwaltung bestätigt. In Auswertung der Verteilung vorhandener Anlagen und Einwohnerzahlen in den einzelnen Stadtteilen sowie der Nachfrage von Bürgern und Vereinen ergibt sich ein Bedarf insbesondere für den Potsdamer Norden und Babelsberg. Auf der Fläche zwischen der Nutheschnellstraße und dem Babelsberger Park könnten nach Einschätzung der Verwaltung zwei Trainingsplätze für den organisierten Vereinsfuß-

ball und ein Bolzplatz für den Breitensport Platz finden. Die Plätze sollten üblicherweise mit Beleuchtung, Beregnung, Toren und Ballfangnetzen ausgestattet werden. In einer weiteren Ausbaustufe würde hierzu ein Sportfunktionsgebäude benötigt werden. Wegen der unmittelbaren Nähe zum Babelsberger Park ist ein denkmalrechtliches Genehmigungsverfahren erforderlich. Wegen o.g. notwendigen Einrichtungsgegenstände wäre der Umgebungsschutz des Denkmals „Park Babelsberg“ nach Auffassung der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten gefährdet und würde ggf. wichtige Sichtachsen und Blickbeziehungen und damit die Wertigkeit des Babelsberger Parks beeinträchtigen. Eine Umsetzung kann aus heutiger Sicht auch in Anbetracht der angespannten Haushaltssituation kurz- oder mittelfristig nicht erfolgen.

Kosten der Umsetzung/Folgekosten: Die geschätzten Kosten für die Plätze belaufen sich auf ca. 650.000 Euro. Die Kosten für ein Sportfunktionsgebäude würden sich auf ca. 250.000 Euro belaufen, zzgl. Folgekosten.

Umsetzungszeitraum / Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen? Nein

Grundlage der Umsetzung: -

Mehr Personal / Besserer Betreuungsschlüssel in Kitas

Vorschlag:

Zur Erfüllung des hohen Bildungsauftrags ist eine Veränderung des Personalschlüssels unumgänglich. Um den Anspruch „Kinderfreundliche Stadt“ gerecht zu werden, reicht es nicht, auf eine hohe Anzahl an Kitaplätzen zu verweisen. Das Wohl und vor allem die individuelle Entwicklung unserer Kinder ist vor allem an qualitative Arbeit mit Kindern gebunden. Wenn Bildung in Potsdam tatsächlich so wichtig genommen wird, wie im Wahlkampf gern behauptet, dann ist es dringend notwendig, Grundlagen zu schaffen: mehr ErzieherInnen in die Kindergärten! Ein besserer Betreuungsschlüssel muss her. Brandenburg ist da Schlusslicht, so auch Potsdam. Die Stadt sollte hier schnellstmöglich mehr investieren und den schlechten Schlüssel des Landes durch eigene finanzielle Zuschüsse ausgleichen!

Kitas dürfen nicht ein Ort der Aufbewahrung werden. Die Kinder sind unsere Zukunft. Die „Verbesserung“ zum 1.10.2010 ist mehr als halbherzig! Wer hier spart, braucht später zu oft für die Schadensbegrenzung sehr viel Geld.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Personalausstattung bzw. der Betreuungsschlüssel in Kindertagesstätten ist durch das Kindertagesstättengesetz des Landes Brandenburg (KitaG) geregelt. Veränderungen in der geforderten Weise sind also nur durch

eine Änderung des Kindertagesstättengesetzes möglich. Der Betreuungsschlüssel wird sich durch die geplante Novellierung des Kindertagesstättengesetzes ab 1.10.2010 im Bereich der Krippen- (Altersgruppe von 0 - 3, Betreuungsschlüssel von auf 7 auf 6) und Kindergartenbetreuung (Altersgruppe von 3 - 6, Betreuungsschlüssel von 13 auf 12) verbessern.

Kosten der Umsetzung/Folgekosten:

Durch die Novellierung des Kindertagesstättengesetzes erhält die Landeshauptstadt Potsdam höhere finanzielle Zuschüsse vom Land Brandenburg, jedoch entstehen daneben städtische Mehrkosten in Höhe von 610.300 Euro (in 2011). Eine weitere Verbesserung des Betreuungsschlüssels durch weitere finanzielle Zuschüsse ist nicht quantifizierbar, da die gewünschte Änderung in der Vorschlagbeschreibung fehlt.

Umsetzungszeitraum: Ab 1.10.2010

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?

Ja, zum Teil (Novellierung Kindertagesstättengesetz)

Grundlage der Umsetzung:

Novellierung des Kindertagesstättengesetzes ab 1.10.2010

Kostenloser öffentlicher Nahverkehr für Potsdamer Schülerinnen und Schüler

Vorschlag:

Wir sind für die kostenlose Schülerbeförderung innerhalb Potsdams ab der ersten Klasse bis mindestens zur Erreichung des Abiturs. Gleiche Chancen auf Bildung beginnen mit den Wegen zu den Bildungsorten einer Stadt, ob Schule, Musikschule, Sportverein, Nachhilfeangebot, Theater oder Museum. Es soll für alle Heranwachsenden gleich leicht sein, sich in unserer Stadt zu bewegen.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Dieser Vorschlag war im Bürgerhaushalt 2009 auf Platz 1 der 20 am besten bewerteten Vorschläge. Auf Grund dessen wurde dieses Thema in zwei Workshops umfassend bearbeitet, letztendlich mit dem Ergebnis, dass eine Umsetzung kurzfristig nicht realistisch ist. Dem folgte ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung im Herbst 2009 zur schrittweisen Umsetzung, beginnend mit 25% Ermäßigung der Schülerjahreskarte. Auch dies musste im Rahmen der Haushaltsdiskussion 2010 verworfen werden, jedoch mit dem Auftrag an die Verwaltung, eine Ermäßigung um 10% beginnend mit dem Schuljahr 2010/2011 vorzubereiten. Die zuständigen Gremien im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH haben diesem Potsdamer Tarifangebot zum 1. Januar 2011 als Modellversuch zugestimmt. Ab diesem Zeitpunkt ist für Potsdamer Schülerinnen und Schüler eine ermä-

gte Schülerjahreskarte im Abonnement - bei monatl. Abbuchung 236,70 Euro/Jahr (bisher: 263 Euro) / bei jährl. Abbuchung 229,60 Euro/Jahr (bisher: 255,10 Euro) - erhältlich. Nach drei Jahren sollen die gesammelten Erfahrungen ausgewertet und über eine Fortsetzung befunden werden.

Kosten der Umsetzung/Folgekosten: Die Einführung des kostenlosen ÖPNV für Schülerinnen und Schüler würde mindestens 1,7 Mio. Euro/Jahr kosten. Durch die kommende Ermäßigung der Schülerjahreskarte entstehen jährlich bereits Mindereinnahmen in Höhe von ca. 45.000 Euro.

Umsetzungszeitraum: Aufgrund der allgemeinen Tarifierhöhung des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg wird ab 1. Januar 2011 eine Kostenermäßigung von 12,3% beim Kauf von Jahreskarten realisiert.

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen? Nein, jedoch wird bereits die schrittweise Umsetzung einer kostengünstigeren Schülerjahreskarte durchgeführt.

Grundlage der Umsetzung:

Stadtverordnetenbeschluss (DS 10/SVV/0052) zur Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2010, Anlage H11 „Kostengünstiges Schülerticket“

Ausbau des Radwegesystems zeitnah realisieren

Vorschlag:

Potsdam ist 20 Jahre nach der Wende von einem funktionierenden, sicheren, markierten, erkennbaren, logischen, beschilderten Radwegesystem Lichtjahre entfernt. Wer immer mal mit dem Rad durch Potsdam fährt und dies überlebt, wird das bereits nach 100 m bemerken. Wie lange wird es noch dauern bis hier was - erkennbares - passiert... und hoffentlich ohne weitere Unfälle!! Punktuelle, unfertige und halbherzige Lösungen helfen da nicht.

Ich halte die Ausgaben für Investitionen (Radwege) in Höhe von 380.000 Euro im Verhältnis zum laufenden Aufwand von 600.000 Euro für zu gering, denn ich spüre als täglicher Radfahrer (statt Auto), dass zur Neuanlage bzw. Kennzeichnung von Radwegen in Potsdam noch viel zu tun ist. Die Beträge sollten zukünftig erhöht werden.

Eine Radfahrergerechte Stadt verbessert die Wohnqualität, die öffentliche Gesundheit und den Umgang der Bürger miteinander:

- weniger Konflikte von Radfahrern mit anderen Verkehrsteilnehmern (Autos, Fußgänger, ÖPNV, LKW), denn man muss als Radfahrer nicht ständig mit einem schlechten Gewissen durch die Stadt fahren oder sich von stärkeren Verkehrsteilnehmern bedrängt fühlen.

Vorschläge wären, mehr legale UND sichere Wege für Radfahrer:

- Radwege auf jeder Seite in zwei Richtungen befahren, z.B. Breite Straße
- Straßen mit grobem Steinpflaster „entschärfen“

- Einbahnstraßen für Radfahrer in beiden Richtungen freigeben
- Shared Space (gemeinsam genutzter Verkehrsraum) weiter umsetzen

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Grundsätzlich unterstützt der Vorschlag die Zielrichtung der städtischen Radverkehrsstrategie und des Radverkehrskonzepts der Landeshauptstadt Potsdam. Im Zeitraum von 2009 bis 2014 ist geplant, insgesamt 5,2 Mio Euro entsprechend dem Radverkehrskonzept einzusetzen. Tatsächlich werden diese finanziellen Mittel hälftig den Investitionen und dem laufenden Aufwand zugeordnet. Die Komplexität des Vorschlags ist unter dem Aspekt der Genehmigungsfähigkeit mit anderen Fachdienststellen zu prüfen. In den bisherigen Verfahren zum Radverkehrskonzept wird lösungsorientiert alles unternommen, um den Qualitätsanspruch auch für den Radverkehr zu erfüllen.

Kosten der Umsetzung/Folgekosten: Jährlich 866.000 Euro

Umsetzungszeitraum: Im laufenden Prozess des Radverkehrskonzepts

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen? Ja

Grundlage der Umsetzung:

Radverkehrskonzept der Landeshauptstadt Potsdam (DS 08/SW/0455)

Kitabeiträge reduzieren

Vorschlag:

Potsdam hat deutschlandweit mit die höchsten Kitagebühren. Es gilt, diese zu reduzieren.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die in Potsdam geltenden Kitagebühren richten sich nach einer seit 2003 gültigen Beitragstabelle. Danach staffeln sich die Beiträge schrittweise nach Einkommensklassen der Eltern. Potsdam richtet sich dabei nach dem Prinzip einer „Solidargemeinschaft“. So müssen Potsdamer Familien mit geringem Einkommen, im Gegensatz zu Familien mit höherem Einkommen, nur wenig oder gar keine Gebühren zahlen.

Gemäß § 17 Absatz 3 Kindertagesstättengesetz des Landes Brandenburg werden die Elternbeiträge vom Träger der Einrichtung festgesetzt und erhoben. In der Landeshauptstadt Potsdam werden seit 2009 ausschließlich Kindertagesstätten in freier Trägerschaft betrieben. Freie Träger, die einen finanziellen Zuschuss der Stadt erhalten, sind verpflichtet, die in der Elternbeitragsordnung der Landeshauptstadt Potsdam enthaltenen Mindestelternbeiträge nicht zu unterschreiten. Durch den Zuschuss der Stadt wird der Unterschiedsbetrag zwischen Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen und so für eine Vollfinanzierung der Einrichtung gesorgt.

Eine Reduzierung der Elternbeiträge könnte nur dann umgesetzt werden, wenn die Kitafinanzierungsrichtlinie / Elternbeitragsordnung dahingehend geändert wird, dass dort keine Mindesthöhe für Elternbeiträge gefordert wird. Dies hätte zur Folge, dass die verminderten Einnahmen aus Elternbeiträgen durch erhöhte städtische Zuschüsse kompensiert werden müssten. Eine weitere Erhöhung der finanziellen Zuschüsse ist aufgrund der angespannten Haushaltslage jedoch derzeit nicht vorgesehen.

Kosten der Umsetzung/Folgekosten:

Folgekosten können nicht beziffert werden, da Änderungen der Elternbeiträge durch die freien Träger unterschiedlich vorgenommen werden müssten. Gleichzeitig müsste die Kita-Finanzierungsrichtlinie angepasst werden.

Umsetzungszeitraum: -

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?

Nein

Grundlage der Umsetzung: -

„ARCHIV“ – Weiterbetrieb dauerhaft sichern

Vorschlag:

Das alternative Kulturhaus in der Leipziger Straße ist weiterhin von Schließung bedroht! Wie die öffentliche Diskussion gezeigt hat, ist das Archiv ein großer und unverzichtbarer Standort für nicht-konsumorientierte, nicht-kommerzielle und partizipative Alternativkultur in Potsdam, der bereits auf eine 16-jährige Tradition zurückblicken kann. Leider gestaltet sich die Überlebenssituation des Archivs immer noch schwierig. Gründe dafür sind: Die nur teilweise Brandschutzsanierung und die aufgrund unzureichender finanzieller Mittel noch völlig offene Frage anderer dringend notwendiger Reparaturen, sowie der Umstand, dass für das Archiv bisher keine langfristig verlässlicher Mietvertrag existiert. Der Vorschlag lautet also, dem Archiv ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die Brandschutzsanierungen vervollständigt und die notwendigen Reparaturen durchgeführt werden können. Das Archiv will keine überzogene und überbeuerte Luxus-sanierung, sondern lediglich das was zum dauerhaften Erhalt des Standorts gebraucht wird!

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Bereits im Rahmen des Bürgerhaushalts 2010 wurde die Brandschutzsanierung des „Archiv“ auf Platz 1 der 20 wichtigsten Bürgervorschläge gewählt. Um dem Bürgerwunsch zu entsprechen und die Weiterführung des

Archiv e.V. zu sichern, stellte die Landeshauptstadt Potsdam daraufhin für 2010 einen zusätzlichen Betrag in Höhe 225.000 Euro zur Finanzierung der notwendigen betriebssichernden Baumaßnahmen zur Verfügung. An der Umsetzung des Brandschutzkonzeptes wird derzeit gearbeitet. In intensiven Gesprächen mit den Vertretern des Vereins Archiv e.V. wurden weiterführende Lösungsmöglichkeiten zum dauerhaften Betrieb des Archiv e.V. diskutiert und erörtert. Dazu gehören auch Aspekte aus baulicher wie vertraglicher Sicht. Die Landeshauptstadt Potsdam wird weiterhin gemeinsam mit dem Archiv e.V. und der Arbeitsgruppe Jugend- und Soziokultur nach Möglichkeiten suchen, das Archiv dauerhaft zu sichern und somit an der Umsetzung des Vorschlags arbeiten.

Kosten der Umsetzung/Folgekosten:

Abhängig vom Sanierungsbedarf

Umsetzungszeitraum: Laufend

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen? Ja, teilweise.

Grundlage der Umsetzung: DS 09/SW/0868 (Stadtverordnetenbeschluss zur Unterstützung des Archiv e.V.)

Hundesteuer erhöhen

Vorschlag:

Ich glaube, dass über eine Möglichkeit nachgedacht werden müsste, Hundehalter für die nicht beseitigte Hinterlassenschaft zur Verantwortung zu ziehen. Ich glaube auch, dass es möglich sein müsste, die relativ geringe Hundesteuer zu erhöhen.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Hundesteuer ist eine örtliche Aufwandsteuer, deren Aufkommen der jeweiligen Gemeinde, in der diese erhoben wird, zusteht. Steuern sind generell nicht zweckgebunden. Sie sind Einnahmen, die zur allgemeinen Deckung der Ausgaben der Gemeinde dienen. Hundesteuer kann demnach nicht als Gegenleistung für die Beseitigung von Hundekot erhoben werden. Die Erhöhung der Steuersätze und damit der Hundesteuer für Maßnahmen, die allein der Hundekotbeseitigung dienen, hätte den Charakter eines Entgeltes, der mit dem Begriff Steuern demnach nicht vereinbar ist. Darüber hinaus ist die Erhöhung der Hundesteuer kein geeignetes Mittel, Ordnung und Sauberkeit in der Landeshauptstadt Potsdam durchzusetzen. Mit dieser Steuer wird die Hundehaltung eher erschwert.

Im Vergleich zum unmittelbaren Umland weist Potsdam relativ hohe Steuersätze aus. Werden in diesen Vergleich andere Landeshauptstädte einbezogen, liegt Potsdam im Mittelfeld der Steuersätze.

Nachhaltiger wäre es aus Sicht der Verwaltung, die steuerlich nicht gemeldeten Hunde zu erfassen und zu besteuern. Dazu werden von Kommunen Hundebestandsaufnahmen durchgeführt.

Kosten der Umsetzung/Folgekosten:

-

Umsetzungszeitraum:

-

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?

Nein

Grundlage der Umsetzung:

-

Erhalt der Sportanlagen Heinrich-Mann-Allee

Vorschlag:

Die Heinrich-Mann-Allee ist für ihren Sportstandort bekannt. Die 1965 erichtete Sporthalle hat sich über Jahrzehnte bewährt und erfährt seit Jahren eine Dauerüberlastung. Sie ist Trainings- und Spielstätte vom SC Potsdam, VfL Potsdam, Judo, Schule etc. Entspannung soll die Mehrzweckhalle am weit entfernten Luftschiffhafen bringen. Vor der Heinrich-Mann-Allee befindet sich das Rollsportfeld, welches erfolgreich durch die ansässigen Vereine, Polarstern Potsdam, den Hochschulsport und den ESV Lok Potsdam genutzt wird. Hinter der Sporthalle befinden sich seit Jahren die Tennis-Anlagen vom TC Rot-Weiß, die sich am Standort über Jahrzehnte behauptet haben. Auch wenn die Stadtspitze sich einen Sportstandort (ein Schwimmbad wäre hier sehr sinnvoll gewesen) hier in den nächsten Jahren nicht mehr vorzustellen wagt, muss dieser Sportstandort erhalten bleiben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Der vorhandene Standort ist wichtiger Bestandteil des Sportanlagenangebots der Landeshauptstadt Potsdam. Vorbehaltlich aller übergeordneten Planungen (wie z.B. Flächennutzungsplan, Stadtentwicklungskonzept oder anderweitiger Projektentwicklungen benachbarter Grundstücke) ist daher der Erhalt der vorhandenen Sporthalle und des Rollsportfeldes sinnvoll. Die Aufgabe von Sportanlagen ist laut Stadtverordnetenbeschluss nur

dann möglich, wenn entsprechender Ersatz zur Verfügung gestellt werden kann. Die Sporthalle wird aktuell vom benachbarten Gymnasium und Vereinen genutzt. Mit dem Tennisverein werden Verhandlungen zu dessen Verlagerung auf ein anderes Grundstück geführt.

Vor dem Hintergrund der Begrenztheit der finanziellen Mittel der Stadt und einer Prioritätensetzung zu Gunsten von zukünftigen Investitionen an diesem Standort (Wohnungsbau) wird auch über eine Neugestaltung des Areals bei gleichzeitigem Ersatz der vorhandenen Sportanlagen an vertretbarer Stelle nachgedacht. Dadurch könnte eine effektivere Flächennutzung entstehen.

Kosten der Umsetzung/Folgekosten: -

Umsetzungszeitraum:

Aufgrund der Sachlage, derzeitige keine Angabe möglich.

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?

Ja, teilweise.

Grundlage der Umsetzung: -

Sanierung des Sportplatzes Hans-Sachs-Straße / Westkurve

Vorschlag:

Der Sport- und Spielplatz in der Hans-Sachs-Straße sollte endlich instand gesetzt werden. Das ist ein wichtiger Lebensraum. Es gibt sonst nichts ähnliches im Kiez, und der Park Sanssouci bietet ja für die Anwohner und Familien keine Möglichkeiten für Sport und Spiel. Leider! Die Bürgerforderung des Bürgerhaushalts 2008 (Platz 4!) sollte endlich realisiert werden.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Der Sanierungsbedarf des Sportplatzes Hans-Sachs-Straße ist unstrittig. Leider war bisher auf Grund von anderen Prioritäten (Brandschutz- und Sanitärmaßnahmen an Schulen) eine Berücksichtigung im mittelfristigen Investitionsplan der Landeshauptstadt Potsdam nicht möglich.

Eine Unterstützung der Sanierungsmaßnahme mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wird derzeit geprüft. Die Entwicklung eines tragfähigen Sanierungskonzepts erfolgt derzeit durch den Kommunalen Immobilien Service unter Beteiligung der Schulen und des Stadtteilnetzwerkes Potsdam-West e.V.

Kosten der Umsetzung/Folgekosten:

Ca. 300.000 Euro

Umsetzungszeitraum:

2012

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?

Ja, mittelfristig vorgesehen.

Grundlage der Umsetzung:

-

Sportanlagenerweiterung Potsdamer Norden (Nähe Kirschallee)

Vorschlag:

Der Zuzug in den Potsdamer Norden wächst ungebremst. Vor allem Familien mit Kindern ziehen in das Wohngebiet. Was jedoch überhaupt nicht wächst oder erweitert wird, ist die freizeithliche Infrastruktur im Wohngebiet. Der Sportverein „Potsdamer Kickers“ leistet seit vielen Jahren hervorragende Freizeitarbeit vor allem im Nachwuchsbereich, inzwischen werden dort mehrere 100 Kinder betreut. Dies geschieht jedoch seit ebensolanger Zeit auf einer völlig unzureichenden, winzigen und durchgängig überlasteten Sportanlage an der Kirschallee. Daher sollten die Sportmöglichkeiten (Bolzplatz, Fußballplatz, Rasenanlage zum Fußballspielen o.ä. ...) im Potsdamer Norden dringend erweitert werden. Genügend Brachflächen vor Ort gibt es. Auch könnte man eine Kooperation mit dem angrenzenden BUGA-Park, der entsprechende Flächen und Möglichkeiten hat, andenken.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Erholungs-, Spiel- und Freizeitanlagen im unmittelbaren Wohnbereich sind wesentliche Bestandteile einer Wohnungs- und Siedlungspolitik. Der Potsdamer Norden erreicht einen Versorgungsgrad mit ungedeckten Sportflächen von 66 %. Der Entwicklungsbereich Bornstedter Feld verfügt in der Kirschallee über eine Sportplatzanlage für die Freizeit- und Vereinssportnutzung. Darüber hinaus steht der Volkspark für den Breiten- und Frei-

zeitsport zur Verfügung (z.B. Kletterfelsen, Basketballplatz, Inlineskating, Frisbee-Golfen). Letztere sind aber weitestgehend ungeeignet für den Vereinssport insbesondere für den wettkampforientierten Vereinssport/Fußball. Neben der Anlage in der Kirschallee wäre eine weitere in dem stark wachsenden Stadtteil sportfachlich wünschenswert, allerdings ist mittelfristig die Finanzierung auf Grund der angespannten, schwierigen Haushaltslage sowie anderer Prioritäten wie z.B. Brandschutz an Schulen derzeit nicht darstellbar. Die sogenannten Brachflächen sind für den Wohnungsbau vorgesehen. Es gibt bereits städtebauliche Konzepte und den Aufstellungsbeschluss eines Bebauungsplans. Die Erlöse aus dem Verkauf von diesen Wohnbauflächen werden von der Stadt für die Erstellung von Infrastruktur (Straßen, soziale Infrastruktur wie Schulen und Kitas und Jugendfreizeitheim) im Entwicklungsbereich Bornstedter Feld benötigt.

Kosten der Umsetzung/Folgekosten:

Ca. 2,4 Mio. Euro für Fußballplatz, Sportfunktionsgebäude und Grundstück, zuzüglich Folgekosten.

Umsetzungszeitraum / Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen? Nein

Grundlage der Umsetzung: -

Einführung von 6er-Karten im öffentlichen Nahverkehr

Vorschlag:

Wie bereits im Vorjahr fordere ich die Einführung von 6er-Karten zum Preis von fünf Fahrten im öffentlichen Personennahverkehr.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Dieser Forderung kann im Rahmen des Tarifverbundes Berlin-Brandenburg mittelfristig nicht entsprochen werden. Ein solches Tarifangebot entspräche einer fast 20%igen Ermäßigung im Bartarif (ohne soziale Komponente). Im Rahmen der Weiterentwicklung des VBB-Tarifs wird gegenwärtig an einer 4-Fahrten-Karte mit ca. 5% Ermäßigung (auch für Brandenburg) gearbeitet, die bereits im Tarifgebiet Berlin angeboten wird.

Kosten der Umsetzung/Folgekosten:

Gegenwärtig sind die Kosten für ein 6er-Ticket in Potsdam nicht bezifferbar. Hier wären die Kosten der Einführung, evtl. ein Einnahmeausfall oder -zuwachs sowie Zuwendungen für Vertriebstechnik zu berücksichtigen.

Umsetzungszeitraum:

Eventuell möglich anlässlich der nächsten Tarifierneuerung, jedoch erst nach 2011.

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?

Nein, die Einführung von Mehrfachfahrkarten wird diskutiert, jedoch bisher nicht im vorgeschlagenem Maße umgesetzt.

Grundlage der Umsetzung:

Tarif des Verkehrsverbunds Berlin-Brandenburg

Stärkere Bürgerbeteiligung bei der Planung des öffentlichen Personennahverkehrs

Vorschlag:

Der öffentliche Personennahverkehr muss kurz-, mittel- und langfristig geplant und entwickelt werden. Bürgerbeteiligung sollte dabei mehr als bisher praktiziert werden. Man sollte nicht alles dem Verkehrsbetrieb in Potsdam (ViP) und Stadtverwaltung als Aufgabenträger überlassen. Gesellschaftliche Kontrolle sollte organisiert, die Linienführung öffentlich beraten und Zuarbeiten zugelassen werden. Vor (!) jeder Fahrplanänderung sollte die Öffentlichkeit informiert werden und Beratungen dazu stattfinden. Ein verbessertes Verkehrsangebot könnte ebenfalls die Einnahmenseite erhöhen. Der Bau von Verkehrsanlagen sollte sinnvoll und nach Bedarf geschehen.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Grundlage der Nahverkehrsplanungen sind der von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene, jeweils gültige Verkehrsentwicklungs- und Nahverkehrsplan. Auf deren Grundlage erfolgen die investiven Maßnahmen sowie die Versorgung mit Bahn- und Busverkehrsleistungen. Jede Fahrplanänderung im Vorfeld zu kommunizieren, ist eine wesentliche Aufgabe des Marketings der Unternehmen. Wesentliche Änderungen, wie z.B. zum 1. April 2010, werden - wie vom Einbringer des Vorschlags gefordert - öffentlich diskutiert. Dieser konkrete Fahrplanwechsel wurde seit 2007 zunächst unter dem Arbeitstitel „Stadt+“ in zahlreichen Bürgerver-

sammlungen, Kundenforen und im Internet vorgestellt und diskutiert. Durch die kontinuierliche Einarbeitung der Vorschläge und weitere Diskussion ist dieses Konzept letztendlich bis zur Variante 13 fortentwickelt worden und als „Mobil+“ zur Umsetzung gekommen.

Aus der Erfahrung der oben genannten Fahrplanumstellung werden nach den ersten Monaten der Einführung weitere Hinweise und Vorschläge gesammelt, geprüft und dann evtl. zu den nächsten Fahrplanwechseln berücksichtigt.

Kosten der Umsetzung/Folgekosten:

-

Umsetzungszeitraum:

Laufend

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?

Ja

Grundlage der Umsetzung:

-

Erhalt des „Treffpunkt Freizeit“ mit kostenloser Nutzung durch Vereine

Vorschlag:

Die Nutzung des Treffpunkt Freizeit für Vereine und Gruppen sollte kostenlos ermöglicht werden.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Kosten des „Treffpunkt Freizeit“-Betriebs belaufen sich derzeit auf 412.000 Euro jährlich, zzgl. Mietkosten in Höhe von 130.000 Euro. Neben dem kommunalen Zuschuss in Höhe von 357.000 Euro (zzgl. Mietkosten) sind für den kostendeckenden Betrieb auch Teilnehmerbeiträge (25.000 Euro) sowie Mieteinnahmen aus Vermietungen (30.000 Euro) zu erwirtschaften. Letztere richten sich zwar nach Nutzer/innen und Nutzungszweck/-art und werden differenziert erhoben. Sie sind grundsätzlich für den Einrichtungserhalt unverzichtbar.

Kosten der Umsetzung/Folgekosten:

Mietausfall jährlich ca. 30.000 Euro

Umsetzungszeitraum:

Laufend

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?

Ja, der Erhalt des „Treffpunkt Zeit“ wird umgesetzt. Jedoch ist die kostenlose Nutzung durch Vereine dabei nicht vorgesehen.

Grundlage der Umsetzung:

DS 10/SW/0330 (Auswahlverfahren u. -kriterien „Treffpunkt Freizeit“)
DS 09/SW/1112 (Trägerwechsel Kindermusiktheater „Buntspecht“)

Touristenabgabe einführen

Vorschlag:

Ich finde, Potsdam könnte eine Art „Touristenabgabe“ einführen, um zusätzlich Einnahmen zu erhalten. Pro Nacht und Person könnte die Stadt eine Abgabe von 1 Euro erheben. Bei 280.000 Besuchern in 2008, die durchschnittlich 2,3 Nächte blieben, hätte damit eine erhebliche Summe Geld in die Stadtkasse gehen können...

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Nach § 1 Absatz 1 Kommunalabgabengesetz für das Land Brandenburg (BbgKAG) sind Gemeinden und Gemeindeverbände berechtigt, Abgaben (wie Steuern, Gebühren und Beiträge) zu erheben. Dazu zählen nach § 11 BbgKAG auch Fremdenverkehrsbeiträge (wie eine Touristenabgabe). Diese dürfen jedoch nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen erhoben werden. Dazu gehört, dass >> die Gemeinde ganz oder teilweise als Kurort oder als Erholungsort anerkannt ist oder >> die Zahl der Fremdenübernachtungen pro Jahr regelmäßig das Siebenfache der Einwohnerzahl übersteigt. Die Landeshauptstadt Potsdam ist kein ganz oder teilweise anerkannter Kur- oder Erholungsort und die Anzahl der Fremdenübernachtungen übersteigt das Siebenfache der Einwohnerzahl ($7 \times 150.000 = 1.050.000$) nicht. Im Jahr 2009 betrug die Zahl der Fremdenübernachtungen in Potsdam ca. 831.000 bei 351.000 Gästeanmeldungen (Meldungen von Gästen in einer

Beherbergungsstätte, die zum vorübergehenden Aufenthalt ein Gästebett belegten). Folglich ist der Vorschlag zur Einführung einer Touristen- bzw. Fremdenverkehrsabgabe auf Grund der gegenwärtigen Situation bzw. auf diese Weise nicht umsetzbar.

Kosten der Umsetzung/Folgekosten: -

Umsetzungszeitraum: -

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen? Nein, zur Zeit nicht.

Grundlage der Umsetzung: -

Ergänzung zur Einschätzung, Stand 25. Oktober 2010:

In den Städten Weimar und Köln wird eine „Kulturförderabgabe“ (sog. Bettensteuer) erhoben, deren Grundlage die entgeltliche Übernachtung in einer Beherbergungsstätte ist. Die rechtliche Zulässigkeit der Einführung einer solchen Abgabe in der Landeshauptstadt Potsdam ist bisher nicht abschließend überprüft worden. Allerdings ist auch die Erhebung dieser Abgabe in den beiden genannten Städten mangels gerichtlicher Überprüfung noch nicht rechtlich gesichert.

Projektbezogene Förderung zur Beseitigung von Graffiti

Vorschlag:

Flächen die stetig mit Graffiti beschmiert werden, sollten Künstlern, welche ein sinnvolles Verschönerungskonzept für diese Fläche einreichen, zur Verfügung gestellt werden. Bürger sollten einen Ansprechpartner über Brennpunkte und Konzepte informieren können. Die Umsetzung geprüfter und für sinnvoll befundener Verschönerungskonzepte, sollte dann durch die Stadt gefördert werden. Künstler bekommen dadurch die Möglichkeit, eine Vorbildfunktion gegenüber unprofessionellen Sachbeschädigern einzunehmen und so Bewusstsein für ausdrucksstarke Kunst und intensive Arbeit zu schaffen. Zusätzlich sollten dann an den gestalteten Flächen Werbetafeln angebracht werden können, die Einnahmen für die Umsetzung von weiteren Verschönerungskonzepten erbringen.

Entscheidende Vorteile dieses Vorschlags: Verschönerung des Wohnumfeldes / Künstlerförderung / Entstehung nachhaltiger Kunstwerke / Schaffung von künstlerischen Freiräumen / Kompensierung von illegalen Graffiti-Schmierereien / Einsparung von Geldern für aufwändige Fassadenreinigungen / Förderung von zwischenmenschlichen Beziehungen / Erfahrungsaustausch / Aufbau eines Dialogs zwischen Jung und Alt.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Ein ähnlicher Vorschlag wurde bereits im Bürgerhaushalt 2010 auf Platz 7 der Top-20-Liste gewählt und als Prüfauftrag an die Verwaltung gerichtet. Der

Vorschlag wird grundsätzlich begrüßt. Hinsichtlich der konkreten Umsetzung sind unter Berücksichtigung der stadtplanerischen, sozialräumlichen/stadtteilbezogenen und inhaltlichen Ausrichtung solcher Projekte zunächst unterschiedliche Akteure einzubeziehen, so beispielsweise die Fachbereiche Kultur und Museum, Stadtplanung und Bauordnung, ggf. Stadterneuerung und Denkmalpflege, vor allem aber auch zur fachlichen Begleitung der Beirat Kunst im öffentlichen Raum. Überlegenswert wäre es, die Gestaltung von Flächen im Sinne des Vorschlags insbesondere in Zusammenarbeit mit Bildungsinstitutionen und Kunst- oder Kulturakteuren zur inhaltlichen Profilierung der Projekte vorzunehmen.

Die Berücksichtigung des Vorschlags im Rahmen der Erarbeitung eines Konzepts für Bildende Kunst in der Landeshauptstadt Potsdam ist vorstellbar.

Kosten der Umsetzung/Folgekosten: Abhängig vom Projektumfang

Umsetzungszeitraum: 2011 und Folgejahre

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen? Im vorgeschlagenem Sinne findet derzeit keine Umsetzung statt. Gleichwohl ist die Kunst im Öffentlichen Raum wichtiger Bestandteil der Potsdamer Kulturvielfalt.

Grundlage der Umsetzung: -

Bau einer Eisbahn für den Publikumslauf

Vorschlag:

Bau einer Eisbahn für den Publikumslauf und ggf. für Eishockey und Eiskunstlauf, die im Sommer als zusätzliche Trainingsstätte für Inlinehockey und Rollkunstlauf genutzt werden kann (ähnlich der Eisbahn in Lankwitz).

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Landeshauptstadt Potsdam verfügt über ein reichhaltiges, vielfältiges Sportangebot. Über 50 Sportarten stehen den Potsdamer Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung. Die Schwerpunkte bilden dabei die klassischen olympischen Sommer-, Spiel und Wassersportarten. Dies ist durch Tradition und geographische Lage gewachsen. Hierzu steht ein entsprechendes Sportstättenangebot zur Verfügung.

Vor dem Hintergrund der begrenzten finanziellen Möglichkeiten wird die Notwendigkeit zur Erweiterung des Angebots für o.g. Vorhaben nicht gesehen. Der Bau einer Eisbahn, ähnlich der in Lankwitz, (es handelt es sich um eine Bahn mit Kühlanlage) würde zu hohen Betriebskosten führen, die neben den Baukosten derzeit nicht zur Verfügung stehen. Mit freiwilligen ehrenamtlichen Kräften soll im kommenden Winter versucht werden, eine Naturspritzeisbahn zu erstellen.

Kosten der Umsetzung/Folgekosten:

Eishalle: bis zu ca. 20 Mio. Euro
Offene Eislaufbahn mit Kühlanlage: bis zu ca. 4 Mio. Euro
Naturspritzeisbahn: ca. 35.000 Euro
jeweils zzgl. jährlicher Folgekosten

Umsetzungszeitraum:

-

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?

Nein

Grundlage der Umsetzung:

-

Bessere Unterstützung der Musikschule Potsdam

Vorschlag:

Musik ist wichtig und macht Spaß! Damit es sich alle Familien leisten können, ihre Kinder an Musik heranzuführen, ist es notwendig, dass die städtische Musikschule gefördert und unterstützt wird. Nirgendwo sonst in Potsdam gibt es zudem so viele Möglichkeiten, der Ensemble und Orchesterbildung.

Für den Einzelunterricht werden mehr fest angestellte Musiklehrer benötigt. Grund für diesen Vorschlag sind unzumutbare Wartezeiten bei Wunsch nach Einzelunterricht. Die Kinder lernen im Instrumentenkarussell vier bis sechs verschiedene Instrumente kennen und können diese anschließend NICHT erlernen, weil keine Kapazitäten frei sind. Beispielsweise liegen die Wartezeiten für Akkordeon oder Schlagzeug bei einem Jahr oder länger. Durch steigende Geburtszahlen in Potsdam, werden auch die Wartezeiten steigen. Dem gilt es vorzubeugen!

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Steigende Geburten- und Zuzugszahlen sowie eine stetig wachsende Nachfrage lassen die Musikschule tatsächlich an den Rand ihrer Kapazitätsgrenze und darüber hinaus gelangen. Die Musikschule steuert im Moment dagegen, indem verstärkt Gruppenunterricht angeboten wird und neue Angebote entwickelt werden, um die Wartezeit zu verkürzen und mehr

Schülerinnen und Schülern den Unterricht zu ermöglichen. Das kann das Problem teilweise lösen.

Die andere hier vorgeschlagene Möglichkeit, mehr festangestellte Lehrkräfte zu beschäftigen, ist aus Sicht der Musikschule grundsätzlich begrüßenswert, zumal während der vergangenen Jahre der festangestellte Lehrkörper stetig verkleinert werden musste.

Kosten der Umsetzung/Folgekosten:

Ca. 50.000 Euro / Jahr pro Lehrkraft

Umsetzungszeitraum:

2010-2014

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?

Ja, bezüglich der neuen Angebote der Musikschule.

Nein, bezüglich der personellen Maßnahmen.

Grundlage der Umsetzung:

-

„Freiland“ stoppen und Geld sparen

Vorschlag:

Die Stadt sollte auf das „freiLand“, dessen Bedarf nie ermittelt wurde, verzichten und somit verantwortungsvoll und sparsam handeln.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Bei dem auf einem von den Stadtverordneten beschlossenen Konzept basierenden Modellprojekt „freiLand“, das zunächst für die Dauer von drei Jahren angelegt ist, handelt es sich um jugend- und soziokulturelles Zentrum in Potsdam. Mit „freiLand“ soll ein Zentrum selbstbestimmter und selbstorganisierter Jugendkultur entstehen, das jungen Potsdamerinnen und Potsdamern Räume zur freien Gestaltung bzw. Realisierung eigener kreativer und künstlerischer Möglichkeiten sowie zur Entwicklung von Projekten zur politischen Bildung und zur demokratischen Praxis bietet. Ein Verzicht auf das Modellprojekt „freiLand“ wird nicht befürwortet, da erstens der Prozess in seiner Umsetzung schon zu weit fortgeschritten ist und zweitens ein Stopp dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Umsetzung des Projekts „freiLand“ widersprechen würde.

Kosten der Umsetzung/Folgekosten:

300.000 Euro Investitionskosten in 2010
125.000 Euro Zuschuss für den laufenden Betrieb / jährlich

Umsetzungszeitraum:

2010 - 2013

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?

Nein

Grundlage der Umsetzung:

DS 10/SVV/0109 (Umsetzung des 10plus-Punkte Planes Jugendsozialkultur / Umsetzung des Projekts „freiLand“)

Volkshochschule: Kurse für Grundbildung sichern

Vorschlag:

Die Volkshochschule ist für alle wichtig, vor allem aber auch für Schüler ohne Abschluss. Ältere Bürger merken erst später, dass sie gerade noch lesen, aber schlecht in der Muttersprache schreiben können. Sie stehen sowieso im Abseits... Die Angebote für solche Altersgruppen sollten ausgebaut und stärker beworben werden.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Volkshochschule führt seit vielen Jahren Kurse der Grundbildung („Lesen und Schreiben“, „Mathe auf Schritt und Tritt“ sowie „Schreiben und informieren am PC“) durch und ist Mitbegründer des „Alphabündnisses Potsdam“. Die Kurse werden gut angenommen, auch dank einer Vielzahl von Multiplikatoren (PAGA, Jugendamt, Stadt- und Landesbibliothek, IHK, Diakonisches Werk u.a.). Auch im neuen Jahresprogramm der Volkshochschule (2010/11) sind diese Angebote wieder vorhanden.

Diese Kurse werden bisher mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds und Landesmitteln gefördert. Als einer von acht bundesweiten Modellstandorten von EQUALS („Erhöhung von Effizienz und Qualität in der Alphabetisierung durch Lebensweltforschung und Entwicklung sozialintegrativer Beratungs- und Lernangebote“) wurde über zwei Jahre eine Koordinatorenstelle finanziert, die im September 2010 zunächst auslief.

Ergänzung zur Einschätzung, Stand 25. Oktober 2010:

Für eine Weiterführung dieser Tätigkeit zur Verstetigung des Angebots wurde für 2011 eine (befristete) halbe Stelle im Fachbereich eingerichtet. Damit soll neben der Förderung von Integrationskursen auch die Lernförderung nebst Netzwerkarbeit weitergeführt werden.

Kosten der Umsetzung/Folgekosten:

Für eine Weiterführung dieser Tätigkeit zur Verstetigung des Angebots ist jährlich eine halbe Stelle im Fachbereich nötig.

Umsetzungszeitraum: Fortlaufend bis Ende 2011

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?

Der Vorschlag wird umgesetzt, solange eine Förderung durch den Europäischen Sozialfond anhält.

Grundlage der Umsetzung:

Gesetz zur Regelung und Förderung der Weiterbildung im Land Brandenburg (Brandenburgisches Weiterbildungsgesetz – Bbg WBG)

Fahrradweg von Babelsberg nach Potsdam-Nord

Vorschlag:

Ich befürworte Fahrraddirektverbindungen. Beispielsweise von Babelsberg nach Potsdam Nord. Diese Strecke sollte meines Erachtens an erster Stelle des Radwegekonzepts stehen.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Verbindung ist nach dem Radverkehrskonzept der Landeshauptstadt Potsdam eine Hauptroute erster Stufe. Als wichtiger Meilenstein wurde der Radweg zwischen der Berliner Straße und der Rudolf-Breitscheid-Straße im Zuge der L 40 im Jahr 2009 im Zwei-Richtungs-Verkehr fertiggestellt. Die Verbindung entlang des Babelsberger Parks sollte mit Fertigstellung des zweiten Nutzungsabschnittes der L 40 nach Bereitstellung der finanziellen Mittel auch abgeschlossen werden. Die Verbindung nach Potsdam-Nord wird mit Beendigung der Bauarbeiten in der Alleestraße hergestellt.

Kosten der Umsetzung/Folgekosten:

320.000 Euro

Umsetzungszeitraum:

2010 - 2015

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?

Ja

Grundlage der Umsetzung:

Radverkehrskonzept der Landeshauptstadt Potsdam (DS 08/SWV/0455)
Bauabschnitt 2.2 der L 40

Mehr öffentliche Sitzmöglichkeiten

Vorschlag:

Wir sind der Meinung, dass es an Bushaltestellen und öffentlichen Plätzen zu wenig Sitzmöglichkeiten gibt. So sind beispielsweise an der Brandenburger Straße nur zwei Sitze vorhanden. Dieser Missstand sollte im gesamten Stadtgebiet verbessert werden.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Der Wunsch nach mehr Sitzmöglichkeiten an Haltestellen und Plätzen ist verständlich, jedoch stehen im Wesentlichen finanzielle Möglichkeiten und oftmals auch denkmalpflegerische Aspekte dem entgegen.

Im Rahmen der Herstellung von Barrierefreiheit an Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs erfolgt ein Standardausstattungsprogramm. Dazu gehören u.a. Blindenleitplatten, ein erhöhter Bordstein und ggf. Wartehäuschen mit Sitzgelegenheiten. Für 2011 sind an folgenden Haltestellen Umgestaltungen geplant: Katjeswerk (Wetzlarer Straße), Hofbauer Stiftung (Hermannswerder), Magnus-Zeller-Platz (doppelseitig), Am Fenn (doppelseitig). Die Kosten für die genannten Stellen betragen insgesamt etwa 180.000 Euro. Grundsätzlich sind die Kosten unterschiedlich. Sie sind abhängig von der Ausgangssituation und betragen zwischen 10.000 und 40.000 Euro. Beim Aufstellen von Bänken in Grünanlagen und an Plätzen müssen Einzelfallentscheidungen getroffen werden und aus dem vorhandenen Budget

(im laufenden Aufwand) bezahlt werden. Die Kosten für die Aufstellung einer Bank im Stadtgebiet betragen zwischen 500 und 1.000 Euro.

Kosten der Umsetzung/Folgekosten:

Behindertengerechter Ausbau von Haltestellen abhängig von Ausgangssituation und Ausstattung zwischen 10.000 und 40.000 Euro // Aufstellen von Bänken an Plätzen und Grünanlagen zwischen 500 und 1.000 Euro

Umsetzungszeitraum:

Laufend

Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?

Ja, im Rahmen der genannten Maßnahmen.

Grundlage der Umsetzung:

Jahres- und Mittelfristplanungen

**Sehr geehrte Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung,
Sehr geehrte Mitglieder der Ortsbeiräte,
Sehr geehrte Damen und Herren,**

Sie entscheiden nun über die wichtigsten Vorschläge des Bürgerhaushalts 2011. Zur Erleichterung der Abstimmung in der Stadtverordnetenversammlung (SVV), in den Ausschüssen und Fraktionen stellen wir Ihnen den rechts beigefügten Abstimmungsbogen zur Verfügung.

Für Ihre Entscheidung stehen Ihnen folgende Kategorien zur Auswahl. Bitte beachten Sie bei der Abstimmung:

„Annahme“ >> Im Falle der Annahme eines Vorschlags vermerken Sie bitte ebenfalls die zur Realisierung vorgesehenen finanziellen Mittel und die Deckungsquelle(n).

„Bereits in Umsetzung“ >> Im Falle, dass sich der Vorschlag bereits in Umsetzung befindet, vermerken Sie bitte den zugrundeliegenden SVV-Beschluss.

„Ablehnung“ >> Sollten Sie einen Vorschlag ablehnen, haben Sie die Möglichkeit, Stichworte für die Begründung anzugeben.

„Prüfauftrag“ >> Bitte benennen Sie konkrete Inhalte, die durch die Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam, zusätzlich zur bereits vorgenommenen Einschätzung geprüft werden sollen.

Diese Angaben sollen die von der Bürgerschaft sowie durch die SVV geforderte Transparenz der Entscheidungen zum Bürgerhaushalt erhöhen.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Ihr Projektteam Bürgerhaushalt

Zum Vorgehen in den Fachausschüssen / Ortsbeiräten:

1. Die / der Vorsitzende benennt die das Gremium betreffenden und zu diskutierenden Bürgerempfehlungen. Die Mitglieder des Gremiums können weitere hinzufügen.
2. Die Auswahl der Vorschläge wird anschließend innerhalb des Gremiums einzeln und hinsichtlich der Kategorien „Annahme“, „Prüfauftrag“, „Bereits in Umsetzung“ und „Ablehnung“ diskutiert.
3. Zum Ende der Beratung benennt die / der Vorsitzende eine der vier Kategorien und stellt diese Empfehlung zur Abstimmung. Die Gremienmitglieder stimmen per Handzeichen ab.
4. Erhält die Empfehlung der / des Vorsitzenden keine Mehrheit, müssen sich die Gremienmitglieder auf eine andere Kategorie verständigen und darüber erneut abstimmen.

Bitte beachten Sie:

Pro Vorschlag darf maximal ein Kreuz vergeben werden.

Abstimmung:



Bitte vergeben Sie pro Vorschlag maximal ein Kreuz und ergänzen die notwendigen Informationen.

Vielen Dank!

„Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“

Platz	Titel	Annahme	Bereits in Umsetzung	Ablehnung	Prüfauftrag	
1.	Fußballplatz am Park Babelsberg für Freizeit und Jugendsport	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	→
2.	Mehr Personal / Besserer Betreuungsschlüssel in Kitas	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	→
3.	Kostenloser öffentlicher Nahverkehr für Potsdamer Schüler/innen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	→
4.	Ausbau des Radwegesystems zeitnah realisieren	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	→
5.	Kitabeiträge reduzieren	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	→
6.	„ARCHIV“ - Weiterbetrieb dauerhaft sichern	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	→
7.	Hundesteuer erhöhen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	→
8.	Erhalt der Sportanlagen Heinrich-Mann-Allee	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	→
9.	Sanierung des Sportplatzes Hans-Sachs-Str. / Westkurve	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	→
10.	Sportanlagenerweiterung Potsdamer Norden (Kirschallee)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	→
11.	Einführung von 6er-Karten im öffentlichen Nahverkehr	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	→
12.	Stärkere Bürgerbeteiligung bei der Planung des öffentlichen Personennahverkehrs	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	→
13.	Erhalt des „Treffpunkt Freizeit“ mit kostenloser Nutzung durch Vereine	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	→
14.	Touristenabgabe einführen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	→
15.	Projektbezogene Förderung zur Beseitigung von Graffiti's	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	→
16.	Bau einer Eisbahn für den Publikumslauf	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	→
17.	Bessere Unterstützung der Musikschule Potsdam	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	→
18.	„Freiland“ stoppen und Geld sparen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	→
19.	Volkshochschule: Kurse für Grundbildung sichern	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	→
20.	Fahrradweg von Babelsberg nach Potsdam Nord	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	→
21.	Mehr öffentliche Sitzmöglichkeiten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	→

bei „Annahme“: Bitte die notwendigen finanziellen Mittel mit Deckungsquelle vermerken.
 bei „Bereits in Umsetzung“: Bitte den SVV-Beschluss zur Umsetzung vermerken.
 bei „Ablehnung“: Bitte den Grund der Ablehnung vermerken.
 bei „Bei Prüfauftrag“: Welche offenen Fragen sollen geprüft werden?

Herausgeber:

Landeshauptstadt Potsdam
Der Oberbürgermeister

Redaktion und Gestaltung:

Zentrale Steuerungsunterstützung
Projektteam Bürgerhaushalt
Friedrich-Ebert-Str. 79-81
14469 Potsdam

www.potsdam.de/buergerhaushalt